

Antrag 31/I/2022**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Beschleunigtes Fachkräfteverfahren in Berlin effizienter gestalten**

1 Die Abgeordnetenhausfraktion der SPD mögen sich da-
 2 für einsetzen, dass der Berliner Senat gemeinsam mit
 3 dem Business Immigration Service (BIS) des Landesamts
 4 für Einwanderung (LEA), das beschleunigte Fachkräftever-
 5 fahren nach §81a AufenthG effizienter und schneller ge-
 6 staltet. Die maximale Dauer der Bearbeitungsschritte, die
 7 durch das LEA Berlin durchzuführen sind, soll auf 2 Wo-
 8 chen begrenzt werden.

9

10 Konkret werden folgende Verfahrensverbesserungen vor-
 11 geschlagen:

- 12 • Ermöglichung der Registrierung des Arbeitgebers
 13 oder der von diesem zur Durchführung des Ver-
 14 fahrens beauftragten Dienstleister (Personalbera-
 15 tungen, Relocation-Agenturen) beim BIS über eine
 16 Online-Plattform
- 17 • Erleichterung des Abschlusses der Vereinbarung
 18 nach §81a Abs. 2 AufenthG durch Zurverfügungstel-
 19 lung einer Vorlage über das Internet
- 20 • Zurverfügungstellung der notwendigen Vollmach-
 21 ten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aller
 22 sonstigen notwendigen Formulare über das Inter-
 23 net
- 24 • Antragstellung und Verfahrensverfolgung
 25 über eine zentrale Online-Plattform ana-
 26 log der Lösung für NRW (s. [https://antrag-
 27 zfe.nrw.de/lip/authenticate.do](https://antrag-

 27 zfe.nrw.de/lip/authenticate.do)¹)
- 28 • Aufstockung des Mitarbeiterzahl des BIS
- 29 • Sicherstellung das alle Mitarbeiter in Bezug auf die
 30 Durchführung des Verfahrens und der anzufordern-
 31 den Unterlagen auf demselben Wissenstand sind
 32 und widersprüchliche / von Verfahren zu Verfah-
 33 ren unterschiedliche Unterlagenanforderungen un-
 34 terbleiben

35

36

37 Begründung

38 Durch das Beschleunigte Fachkräfteverfahren nach §81a
 39 AufenthG soll es Arbeitgebern ermöglicht werden rela-
 40 tiv schnell Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland
 41 zu holen und bei sich zu beschäftigen. Damit soll dem
 42 Fachkräftemangel in Deutschland entgegengewirkt wer-
 43 den. Mit der Durchführung des Verfahrens ist für jeden Ar-
 44 beitgeber je nach Dienstsitz eine Stelle beauftragt, die mit
 45 dem Arbeitnehmer eine Vereinbarung abschließt und als
 46 koordinierende Stelle zwischen Arbeitgeber und im Ver-
 47 fahren zu beteiligenden Stellen auftritt. In Berlin ist die
 48 zuständige Stelle der Business Immigration Service (BIS)

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Abgeordnetenhausfraktion der SPD mögen sich da-
 für einsetzen, dass der Berliner Senat gemeinsam mit
 dem Business Immigration Service (BIS) des Landesamts
 für Einwanderung (LEA), das beschleunigte Fachkräftever-
 fahren nach §81a AufenthG effizienter und schneller ge-
 staltet. Die maximale Dauer der Bearbeitungsschritte, die
 durch das LEA Berlin durchzuführen sind, soll **möglichst**
 auf 2 Wochen begrenzt werden.

Konkret werden folgende Verfahrensverbesserungen vor-
 geschlagen:

- Ermöglichung der Registrierung des Arbeitgebers
 oder der von diesem zur Durchführung des Ver-
 fahrens beauftragten Dienstleister (Personalbera-
 tungen, Relocation-Agenturen) beim BIS über eine
 Online-Plattform
- Erleichterung des Abschlusses der Vereinbarung
 nach §81a Abs. 2 AufenthG durch Zurverfügungstel-
 lung einer Vorlage über das Internet
- Zurverfügungstellung der notwendigen Vollmach-
 ten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer und aller
 sonstigen notwendigen Formulare über das Inter-
 net
- Antragstellung und Verfahrensverfolgung
 über eine zentrale Online-Plattform ana-
 log der Lösung für NRW (s. [https://antrag-
 zfe.nrw.de/lip/authenticate.do](https://antrag-

 zfe.nrw.de/lip/authenticate.do)²)
- Aufstockung des Mitarbeiterzahl des BIS
- Sicherstellung das alle Mitarbeiter in Bezug auf die
 Durchführung des Verfahrens und der anzufordern-
 den Unterlagen auf demselben Wissenstand sind
 und widersprüchliche / von Verfahren zu Verfah-
 ren unterschiedliche Unterlagenanforderungen un-
 terbleiben

49 des Landesamts für Einwanderung (LEA).
50 Leider ist die Umsetzungspraxis des BIS im Vergleich zu
51 anderen Bundesländern und Städten sehr ineffizient und
52 damit unnötig langsam. Arbeitgeber und Arbeitnehmer
53 müssen unnötige Verzögerungen bei der Durchführung
54 des Verfahrens hinnehmen. Ein Verfahren in Berlin dauert
55 z.B. im Vergleich zu NRW bis zu 2 Monate länger, was eine
56 unnötige Verzögerung und damit auch eine Einstellungs-
57 hemmnis für Berliner Arbeitgeber darstellt.

¹<https://antrag-zfe.nrw.de/lip/authenticate.do>

²<https://antrag-zfe.nrw.de/lip/authenticate.do>